

BILDUNGS- UND PRÄVENTIONSANGEBOTE

121 Bildungs- und Präventionsangebote führten die Beratungsteams des Beratungsnetzwerks Hessen im Jahr 2021 durch. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2020 (von 149 Bildungsveranstaltungen 2019 zu 91 Bildungsveranstaltungen 2020), der hauptsächlich der Corona-Pandemie geschuldet war, gab es durch bereits 2020 erprobte Online-Angebote und temporäre Lockerungen der Maßnahmen wieder die Möglichkeit, mehr Veranstaltungen durchführen zu können.

Es wurden überwiegend Fortbildungen, Workshops, Seminare, Vorträge und auch Fachtage angeboten, ferner mehrere Diskussionsveranstaltungen sowie Fachgespräche für zivilgesellschaftliche Initiativen, Schulen und vor allem Kommunen, die durch die Herausforderungen der Pandemie eine erhöhte Nachfrage nach dem Umgang mit Konflikten und Hate Speech hatten.

Hauptgegenstände der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen waren allgemein Rechtsextremismus, Rassismus und Rechtspopulismus. Einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2020 (aber auch zu den Jahren davor) gab es im Bereich Antisemitismus. Grund dafür ist neben einem grundsätzlich gewachsenen Bedarf an Workshops und Vorträgen zu dem Thema auch der Anstieg (antisemitischer) Verschwörungs-ideologien während der Corona-Pandemie (Stichwort „Querdenker“), was zu vermehrten Anfragen im Umgang damit führte.

BESONDERES 2021

Auch 2021 verschob sich pandemiebedingt – wie schon im Jahr zuvor – ein Großteil der Arbeit des Beratungsnetzwerks **in den virtuellen Raum**: Beratung fand vermehrt per Telefon oder online statt, wenn Präsenz nicht möglich war, und im Bildungsbereich wurden viele Workshops, Fortbildungen, Vorträge und Fachaustausche online durchgeführt.

Auffällig war 2021 eine gestiegene **Nachfrage nach Beratungen und Präventionsveranstaltungen im Kontext Bedrohung und Beleidigung von kommunalpolitisch Verantwortlichen** – ein Angebot, das das Beratungsnetzwerk Hessen schon im Frühjahr 2020 intensiviert hatte. Der erhöhte Bedarf erklärt sich auch aus der Zunahme radikaler Proteste, Demos und Gruppen wie den „Querdenkern“ mit ihren vielfach verbreiteten Verschwörungsideologien und Hass-Reden.

Das erhöhte Aufkommen von Beratungsanfragen zur Verschwörungsmotivproblematik war auch Anlass für das Mobile Beratungsteam (MBT) in Kassel als Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen, eine 24-seitige **Publikation „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“** zu erstellen. Die Broschüre beleuchtet Hintergründe, behandelt politische Implikationen und gibt vor allem Hilfestellungen im Umgang mit dem Phänomen. Ziel der Broschüre ist, einen guten und vielschichtigen Überblick über die Thematik zu bekommen. Der Fokus liegt dabei darauf zu verstehen, warum sich Menschen in ihrem Umfeld einem Verschwörungsglauben verschreiben und wie die Radikalisierung voranschreitet (<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/05/05/verschwuerungsideologien-hype-oder-gefahr-neue-broschuere-des-mbt-hessen-ist-erschienen/>).



Völlig überholt, modernisiert und aktualisiert wurde im vorigen Jahr unser **Internetauftritt für das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen**: Wir haben unsere Website von Grund auf überarbeitet, optimiert, in einem neuen Content Management System (CMS) technisch komplett neu aufgesetzt und ihr ein zeitgemäßes „Gesicht“ verpasst. Sie ist nun neu strukturiert, übersichtlicher, optisch ansprechender und nutzerfreundlicher gestaltet. Im Herbst 2020 mit den Arbeiten begonnen, konnte der Webauftritt dann im März 2021 endgültig freigeschaltet werden (<https://beratung-netzwerk-hessen.de/>).



© Foto: Henrik Isenberg

Besuch aus dem Hessischen Innenministerium erhielt im Sommer das Demokratiezentrum Hessen als Geschäfts-, Fach- und Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks: Der Hessische Innenstaatssekretär Dr. Stefan Heck (siehe Foto, 3. v. li.) war an die Philipps-Universität nach Marburg gekommen, um dem dort angesiedelten Demokratiezentrum offiziell den Förderbescheid für 2021 zu überreichen und sich über die Arbeit des Zentrums zu informieren. Er nannte das Demokratiezentrum einen „unverzichtbaren Teil der Extremismusprävention und Demokratieförderung in Hessen“ und übergab einen Bescheid in Höhe von insgesamt rund 2,7 Mio. Euro, wovon rund 1,6 Millionen Euro aus Bundes- und 1,1 Millionen Euro aus Landesmitteln stammten (<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/07/23/unverzichtbarer-teil-der-extremismuspraevention-hessischer-innenstaatssekretaer-heck-besucht-demokratiezentrum-hessen-in-marburg/>).

Auf hohe Resonanz und Akzeptanz stießen auch im vorigen Jahr unsere regelmäßigen Beobachtungsberichte: Zweimonatlich stellt das Demokratiezentrum Hessen sogenannte **Monitoring-Berichte** zusammen. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechten Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum. Seit 2019 werden die Berichte, die vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrums Hessen recherchiert und erstellt werden und als Online-Ausgaben erscheinen, auch auf unserer Website veröffentlicht. 2021 umfassten die sechs Monitoring-Berichte insgesamt 526 Meldungen. Davon waren 446 Meldungen zu rechten Aktivitäten und Vorfällen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und 80 Meldungen zu Prozessen und Ermittlungen (<https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/>).

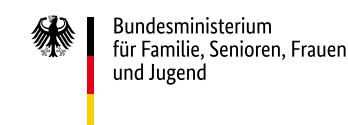


IMPRESSUM

Herausgeber:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen –
gemeinsam für Demokratie und
gegen Rechtsextremismus
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de
V. i. S. d. P.: Dr. Reiner Becker, Gamze Damat, Gerolf Nittner



Gefördert vom



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

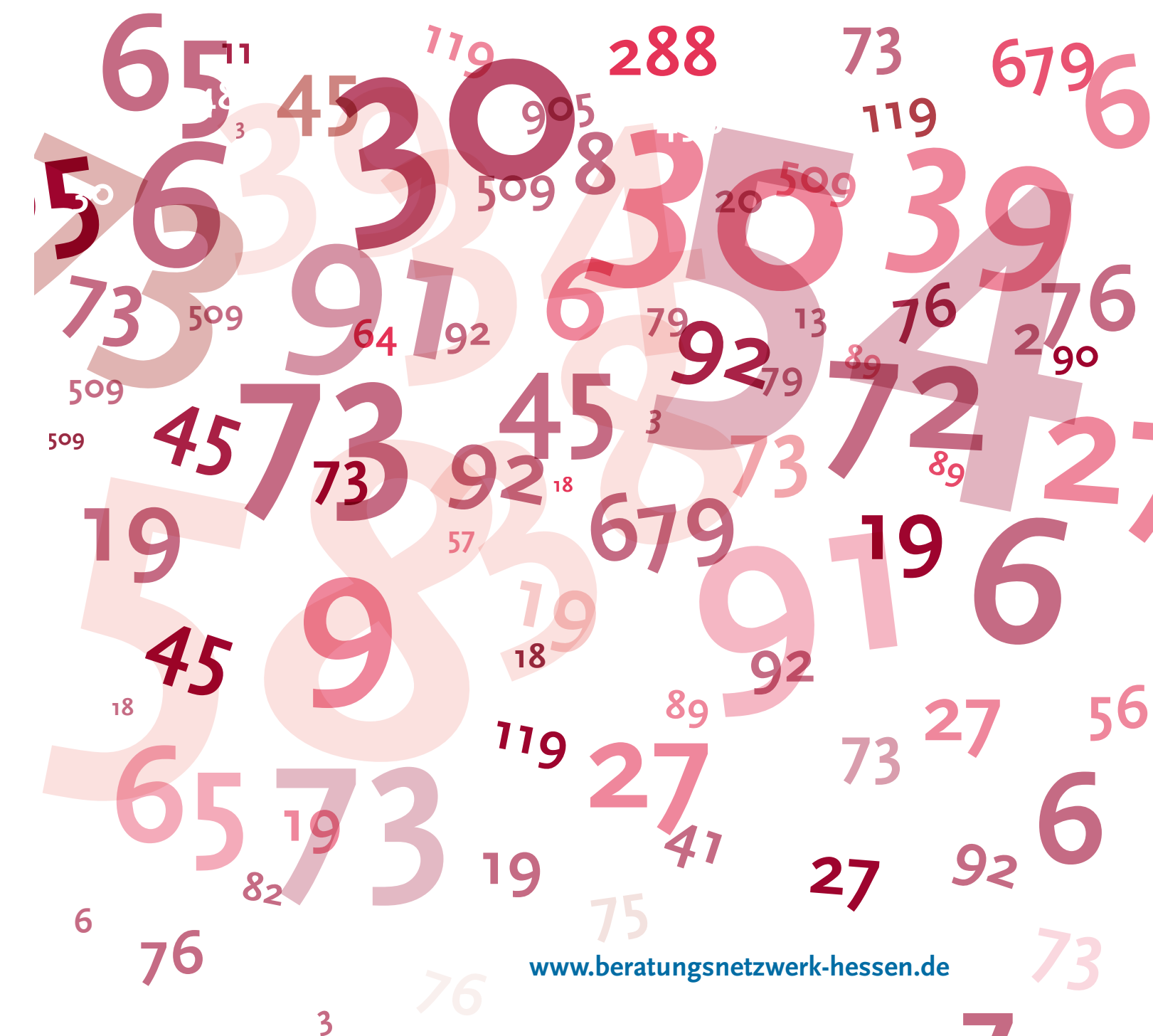


im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

DAS JAHR 2021 IN ZAHLEN

Daten und Fakten aus der Arbeit des **Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus**



WER WIR SIND

Im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ kooperieren mehr als 40 zivile und staatliche Organisationen, Institutionen, Vereine und Verbände. Sie stellen ihr Fachwissen zur Verfügung, um Formen von Rechtsextremismus, Rassismus, Hate Speech, Antisemitismus oder anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen entgegenzutreten und sich für die Demokratie und Menschenrechte einzusetzen.

Das vielfältige Angebot reicht von der mobilen vertraulichen, individuellen, kostenfreien Beratung für Betroffene, Schulen, Vereine oder Kommunen und der Distanzierungsberatung über Fachtage, Workshops, Vorträge und Fortbildungen bis zur gezielten Aufklärungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Zentrale Fach-, Geschäfts- und Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen. Es ist an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt.

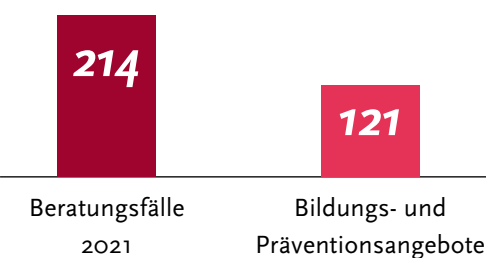
DAS NETZWERK

47 Mitglieder – zivile und staatliche Organisationen, Institutionen, Vereine und Verbände – hatte das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ im Jahr 2021. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen kompetent und zeitnah die Beraterinnen und Berater vor Ort.

43 mobile Beraterinnen und Berater waren in ganz Hessen für das Netzwerk vor Ort im Einsatz.

37 Partnerschaften für Demokratie (PfD) in hessischen Landkreisen, Städten und Kommunen wurden über das Demokratiezentrum miteinander vernetzt.

Auch 2021 dominierten die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Gesellschaft und damit auch die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Vieles verlagerte sich in den Online-Bereich. Die Zahl der Beratungsfälle ging leicht zurück auf 214 (2020: 280), gestiegen ist dagegen die Zahl der Bildungs- und Präventionsangebote auf 121 (2020: 91).



GEOGRAPHISCHE VERTEILUNG

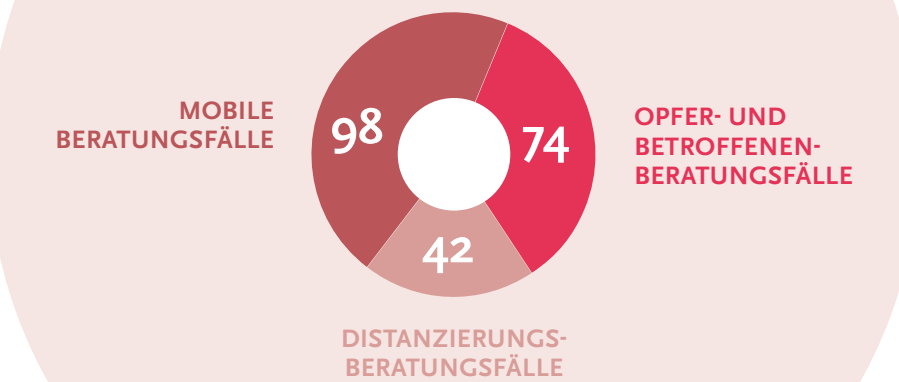
der Beratungsfälle sowie der Bildungs- bzw. Präventionsangebote 2021



Hinweis: Weitere 11 Beratungsfälle wurden landkreisübergreifend und 6 Fälle anonym bzw. ohne geographische Zuordnung bearbeitet. Bei den Bildungs- und Präventionsangeboten gab es zusätzlich 45 landkreisübergreifende Maßnahmen, 5 weitere Angebote wurden geographisch nicht zugeordnet.

BERATUNGSFÄLLE

214 Beratungsfälle dokumentierte das Beratungsnetzwerk Hessen insgesamt im Jahr 2021 (2020 waren es 280). Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hier nicht immer um Einzelpersonen, sondern oft auch um Gruppenberatungen mit mehreren Personen handelte.



Wer wurde unter anderem beraten?

(Mehrfachnennungen waren bei der statistischen Abfrage möglich)

Privates Umfeld: 97 Betroffene und ratsuchende Einzelpersonen (z. B. Anwohner*innen) nahmen 2021 Beratungsangebote des Netzwerks in Anspruch. **21** Eltern bzw. Familienangehörige wurden beraten und unterstützt.

Schulen und pädagogische Einrichtungen: 26 pädagogische Fachkräfte an Allgemeinbildenden Schulen oder Berufsschulen nahmen Beratungsleistungen wahr sowie **4** pädagogische Fachkräfte aus sonstigen pädagogischen Einrichtungen, **4** Schüler*innen/Studierende und **3** Personen aus akademischen Einrichtungen.

Kommunen: 16 Verwaltungsmitarbeiter*innen und **17** Personen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen erhielten Beratung und Hilfe; ebenso **13** Politiker*innen sowie **29** Mitarbeiter*innen von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, **9** ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen und **6** Personen aus Jugendgruppen bzw. Jugendinitiativen.

Wirtschaft und Medizin: 7 Mitarbeiter*innen eines Wirtschaftsunternehmens und **2** Mitarbeiter*innen aus der Medizin erhielten Beratungshilfen vom Netzwerk.

Beratungsgründe

Anlässe für Beratung waren 2021 hauptsächlich Gewalt und Bedrohungen vor allem rassistischer und rechts-extremistischer Art. Dazu gehören Fälle von institutioneller Diskriminierung, Hate Speech und körperliche Angriffe. Auch antisemitische Hetze und Agitation haben zugenommen, nicht zuletzt durch eine Sichtbarwerdung von Verschwörungsideologien und einen Anstieg verschwörungsideologischer Gruppierungen, insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie. Diese sind auch in den Beratungsanfragen mit den Konflikten und Anfeindungen im kommunalen, privaten und schulischen Bereich erkennbar gewesen.